NACHRICHTEN
Österreich
12. Juni 2025

Trump plant spektakuläre Militärparade: Proteste in allen Bundesstaaten!

US-Präsident Trump plant für seinen 79. Geburtstag eine Militärparade in Washington. Proteste gegen seine Politik sind landesweit angekündigt.

Washington, D.C., USA - Am 12. Juni 2025 plant US-Präsident Donald Trump eine beeindruckende Militärparade zu seinem 79. Geburtstag, die zugleich die Feierlichkeiten zum 250-jährigen Bestehen der US-Armee markiert. Die Parade, die in Washington D.C. stattfinden wird, verspricht ein Spektakel mit über 7000 Soldaten, darunter moderne Militärfahrzeuge, Panzer und Kampfhubschrauber. Trump wird die Feierlichkeiten von einer Tribüne am Weißen Haus aus beobachten. Dabei wird die Parade als die spektakulärste angesehen, die das Land je gesehen hat, und das zeitgleich zu landesweiten Protesten in allen 50 Bundesstaaten.

Die Proteste, die unter dem Motto „No Kings“ organisiert

werden, richten sich nicht nur gegen Trumps Politik, sondern auch gegen seine umstrittene Einwanderungspolitik und die Aktivitäten der Immigrationsbehörde ICE. Diese Demonstrationen werden von der 50501-Initiative unterstützt, die für 50 Bundesstaaten und 50 Proteste steht. Am kommenden Samstag sind landesweit etwa 2000 Demonstrationen geplant, die sich gegen Trumps autokratische Machenschaften und Exekutivdekrete aussprechen sollen. Besonders Brisantes: Die Protestierenden konzentrieren sich nicht nur auf Washington, sondern verteilen sich quer durchs Land, da die Organisatoren betont haben, dass die Proteste nicht in der Nähe der Militärparade stattfinden werden.

Militärparade im Fokus

Die Militärparade soll ein historisches Thema haben und „Die Kriege der USA“ thematisieren. Unterstützend wirken historische Kostüme und moderne Uniformen, die während des Events präsentiert werden. Bereits im Voraus wurden kostspielige Schätzungen für die Parade veröffentlicht, die mit etwa 45 Millionen US-Dollar beziffert werden, darunter 16 Millionen für Reparaturarbeiten an den Straßen, die zur Parade genutzt werden. In einem besonderen sicherheitstechnischen Vorstoß werden Stahlplatten auf den Straßen verlegt, um diese vor den sich bewegenden Panzern zu schützen.

Senator Rand Paul äußerte sich kritisch zu der Veranstaltung und stellte Vergleiche zu Militärparaden in Nordkorea und der Sowjetunion in den Raum. Auch Senator Richard Blumenthal thematisierte Bedenken hinsichtlich der hohen Kosten der Parade im Kontext der geplanten Entlassungen von 83.000 Staatsbediensteten im Ministerium für Kriegsveteranen, die Trump zur Schlankhaltung des Staates plant. Dies wirft die Frage auf, wie die enormen Kosten einer gerade ausgerichteten Militärparade den Mitgliedern der Streitkräfte und den Veteranen gerechtfertigt werden können.

Proteste und Sicherheitsvorkehrungen

Die Sicherheitsvorkehrungen in Washington sind massiv, um mögliche Ausschreitungen oder Anschläge zu verhindern. Trump hat bereits vor massiver Gewalt gegen die Protestierenden gewarnt und erklärt, dass Gegendemos nicht toleriert werden. Während die Parade den Charakter eines militärischen Festaktes tragen soll, wird sie auch als Warnung an Kritiker und Gegner Trumps wahrgenommen. Die politischen Konsequenzen eines solchen Spektakels sind nicht zu unterschätzen: Bloomberg weist darauf hin, dass aufwändige Militärparaden in der Geschichte oft mit autokratischen Regierungen assoziiert werden.

Der geplante Grandiosität der Parade reflektiert Trumps Interesse an Militärparaden, inspiriert durch einen Staatsbesuch in Frankreich 2017. Der damalige Moment der Verbundenheit mit Macron, symbolisiert durch das Pflanzen einer Freundschaftseiche im Weißen Haus, entglitt bald darauf.

Ungeachtet der Kritik und der Proteste scheint Trump entschlossen, seine Vision für den Tag umzusetzen, während sich das Land auf eine gespaltene Reaktion auf die bevorstehenden Feierlichkeiten vorbereitet.

Für weitere Details zu den Protesten und der Militärparade besuchen Sie bitte **Krone**, **DW** und **t-online**.

Details	
Vorfall	Proteste
Ursache	Trumps autokratische Politik, Einwanderungspolitik, Angriffe auf Bürgerrechte, Deportation von Amerikanern
Ort	Washington, D.C., USA
Quellen	• **www.krone.at** • **www.dw.com** • **www.t-online.de**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at